



25 Jahre Nachbarschaftsvertrag.  
Historische Fundamente,  
neue Herausforderungen

25 lat traktatu o dobrym sąsiedztwie.  
Historyczne fundamenty,  
nowe wyzwania

## „Beziehungen zwischen Staaten werden nicht durch Regierungen, sondern durch einzelne Menschen geprägt.“

**DIALOG-Gespräch über die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft mit dem Bundestagsabgeordneten Dietmar Nietan, Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e. V.**



Herr Nietan, seit dem Sieg der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ im vergangenen Jahr blickt Europa mit besonderer Aufmerksamkeit auf Polen. Der Konflikt um das Verfassungsgericht, die Verabschiedung des sogenannten kleinen Mediengesetzes, die umfangreiche Auswechslung der Beamten wird als Angriff auf den Rechtsstaat kritisiert, die EU-Kommission hat erstmalig ein Beobachtungsverfahren eingeleitet. Mischt sich Europa in die Angelegenheiten eines souveränen Staates ein?

Die Europäische Union ist auch eine Wertegemeinschaft. Deshalb ist es ganz normal vonseiten der EU nachzusehen, was in einem Mitgliedsstaat passiert, wenn es Anzeichen dafür gibt, dass in diesem Mitgliedsstaat Rechtsstaatlichkeit, Demokratie oder Medienfreiheit in Gefahr sind. Darum sollte in so einem Fall nicht von einer Einmischung in innere Angelegenheiten gesprochen werden. Solch ein Vorwurf erinnert doch stark an die Zeiten des Kommunismus. Die damaligen Machthaber wiesen Nachfragen zu Menschenrechtsverletzungen, die der KSZE-Schlussakte widersprachen, immer mit dem Hinweis zurück, man solle sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischen. Dieses Stadium haben wir in der EU zum Glück endgültig

überwunden. Und genau deshalb ist es gut und richtig, dass die EU ihre Mechanismen zur Überprüfung der rechtsstaatlichen Kondition Polens nutzt.

Die aktuellen Entwicklungen in Polen werden oft analog zu den Veränderungen in Ungarn unter Viktor Orbán betrachtet. Hat Europa Ungarn bei seinem eingeschlagenen Sonderweg zu milde behandelt und geht jetzt dafür umso härter mit Polen um?

Ich kann die polnische Regierung verstehen, wenn sie sagt, man sei im Falle Ungarns eher bereit gewesen, ein Auge zuzudrücken. Doch die EU verfügte zu dem Zeitpunkt, als Orbán die Macht zurückeroberte, noch nicht über den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus. Dieser wurde unter anderem aufgrund der Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn oder Rumänien von der EU eingeführt. Dieser Mechanismus wird nun auf Polen angewendet, weil es hier eindeutige Hinweise auf Verstöße gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gibt, wie es ja die Venedig-Kommission festgestellt hat.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hat vor einigen Wochen die Entwicklungen in Polen mit Wladimir Putins Russland verglichen. Wie

bewerten Sie die politische Entwicklung in Polen? Ist Polens Demokratie gefährdet oder zeichnen deutsche Medien ein verzerrtes Bild der Entwicklungen im Nachbarland?

Ich halte von solchen Vergleichen nichts. Sie schüren Emotionen, anstatt konstruktive Debatten über gewisse Missstände anzuregen. Ich sehe Polen nicht auf dem Weg in einen autokratischen Staat wie das heutige Russland. Die polnische Demokratie wird heute auf die Probe gestellt, doch sie ist nicht in akuter Lebensgefahr. Als bedrohlich empfinde ich jedoch den Versuch, die Unabhängigkeit der Staatsanwälte wie auch des Verfassungsgerichtes zu beschneiden. Dadurch können Strukturen entstehen, die der regierenden Partei immer einen deutlichen Vorteil gegenüber der Opposition verschaffen würden. Kommt es zu solch einer Verschiebung der Gewichte, dieser Ungleichbehandlung zwischen dem, was eine Regierung macht und was eine Opposition kann, so wird die Demokratie in einem Staat ausgehöhlt. Viele Maßnahmen, die jetzt von der PiS Regierung ergriffen werden, mögen einzeln für sich betrachtet sicherlich noch nicht das Ende der Demokratie bedeuten. Aber in ihrer Summe können sie durchaus zu einer Art Pseudodemokratie führen.



Denn eine funktionierende Demokratie bedeutet mehr, als nur alle vier Jahre die Bürger zu den Wahlurnen zu rufen. Zur Demokratie gehören vor allem auch die Minderheitenrechte und die Gewaltenteilung. Eine Regierung darf eben nicht ein Verfassungsgericht überstimmen. Die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition sowie regierungskritische Journalisten dürfen eben nicht als vaterlandlose Gesellen bezeichnet werden, sondern müssen ausreichend Raum erhalten, ihre Kritik konstruktiv äußern zu können. Diese Art von Kulturkampf und mit ihm einhergehende Polarisierung, die wir jetzt in Polen erleben, die Unterscheidung in gute und in schlechte Polen, wird die Demokratie vielleicht nicht abschaffen, aber sie zerstört letztlich die demokratische Kultur in Polen.

Wie reagieren die Deutschen, die Ihnen begegnen – Politiker, Journalisten, Bürger – auf die Entwicklung in Polen? Wie ist die Stimmung in Deutschland gegenüber Polen? Wie reagieren Sie?

Viele Deutsche mögen das Land und die Menschen in Polen, deshalb machen sie sich Sorgen. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen EU erregt es Besorgnis, dass sich unser Nachbar im Osten in einen innenpolitischen Kulturkampf verstrickt, der nicht nur Polens Ansehen schadet, sondern letztlich auch seine Rolle als wichtiger Akteur in der EU schwächt. Bisher wurde Polen – insbesondere während der Regierungszeit von Donald Tusk – als verlässlicher Partner wahrgenommen, der zur Stabilisierung der EU beitrug. Ich erinnere mich daran, wie Donald Tusk betonte, wir bräuchten nicht weniger, sondern mehr Europa. Dieses Polen, das Europa als eine Schicksals- und nicht als eine Zwangsgemeinschaft wahrnimmt, in der Solidarität ein wichtiges Fundament darstellt, hat vielen Menschen in Europa imponiert.

Würden Sie der These zustimmen, dass angesichts der politischen Veränderungen in Polen das Interesse an Polen in Deutschland zunimmt?

Das ist mit Sicherheit der Fall. Immer mehr meiner Kolleginnen und Kollegen im Parlament wollen nun nach Polen fahren und sich selbst ein Bild von der Lage machen. Dies ist etwas, was ich mit einem weinenden und einem lachenden Auge betrachte. Auf der einen Seite freue ich mich als Vorsitzender der DPGBV, wenn das Interesse an Polen wächst. Auf der anderen Seite macht es mich traurig, dass eine Kri-

senentwicklung in Polen der Auslöser dafür ist und nicht etwa die großen Leistungen, die Polen in der deutsch-polnischen Versöhnung oder europäischen Integration geleistet hat.

Wie sind Ihre Erfahrungen mit dem Deutschlandbild der Polen?

Ich erlebe die Mehrheit der Polen als europafreundlich, als Menschen, die sich für ihre Nachbarn – ob nun die Ukraine und Belarus im Osten, das Baltikum im Norden, oder Deutschland im Westen – interessieren. Aus Erfahrung weiß ich, die Mehrzahl der Polinnen und Polen sind gegenüber Deutschland sehr positiv eingestellt, ohne dabei das große Leid zu vergessen, das Deutschland den Polen in der Vergangenheit zugefügt hat. Dieses ausgeprägte historische Bewusstsein, verbunden mit einem zuversichtlichen Blick in die Zukunft und dem Willen zur Zusammenarbeit mit Deutschland, sind Eigenschaften, die aus meiner Sicht die polnische Gesellschaft besonders auszeichnen.

Wie repräsentativ für Europa ist die wachsende egoistische, europamüde Rhetorik, die in Polen und Deutschland zu hören ist? Verabschiedet sich Polen aus der konstruktiven Europa-Politik?

Meines Erachtens gibt es in der polnischen Regierung noch keine Klarheit darüber, wie sich ihre Idee vom Europa der Vaterländer in eine entsprechende Politik überführen lässt. Die PiS-Partei scheint selbst nicht zu wissen, welche Rolle Polen in Europa einnehmen soll. Für sie ist nur eines gewiss: Sie will es auf jeden Fall ganz anders machen als ihre Vorgängerregierung. Damit bringt sich die PiS aber selbst in ein gefährliches Dilemma: Denn es war nun einmal die Europapolitik von Donald Tusk, welche Polen zu einem hohen Ansehen in Europa führte. Wer jetzt wie Jarosław Kaczyński ausgerechnet Donald Tusk unablässig zu diskreditieren versucht, wird in den meisten europäischen Hauptstädten nur Kopfschütteln ernten.

Europamüdigkeit und Kritik an den Bürokraten in Brüssel sind sicherlich keine Phänomene, welche sich auf Polen beschränken. Wir erleben das genauso in Deutschland, Frankreich, Großbritannien wie auch in nahezu allen anderen Staaten der EU.

Wenn allerdings immer mehr Menschen in Europa gegenüber der EU eine skeptische Haltung einnehmen, dann müssen wir leider feststellen: Die politischen Eliten haben überall in Europa darin versagt, den Bürgerinnen und Bürgern die EU und ihre

Vorteile für uns alle vernünftig zu erklären. Warum erklärt niemand den Menschen einmal eindringlich und verständlich, was passieren würde, wenn es die EU plötzlich nicht mehr geben würde. Die großen Player USA, China und Indien sind weder von Polen, noch von Deutschland sonderlich beeindruckt. Sie nehmen vielleicht noch eine geschlossen und entschlossen vorgehende EU ernst. Und für ein „Intermarium“ interessieren sie sich schon einmal gar nicht. Was mich besonders an den EU-feindlichen Populisten ärgert, ist, wie sie all dies ausblenden. Wer die EU schwächt, schwächt damit die Zukunftschancen der Menschen in Europa, also auch in Polen.

Wir haben uns in den letzten Jahren im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen an positive Nachrichten gewöhnt. Die neue polnische Regierung stellt das bilaterale Verhältnis in vielen Punkten jedoch infrage. Polens Außenminister hat Großbritannien und die Visegrad-Staaten als die wichtigsten Verbündeten in der EU definiert. Ist dies das Ende der deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft?

Wenn ich mich recht entsinne, hat die deutsche Regierung einst in Nizza für ein besseres Stimmverhältnis zugunsten Polens auf EU-Ebene gekämpft. Wenn nun die neue polnische Regierung sagt, Großbritannien sei ein wichtigerer Partner als Deutschland, so müssen wir das zur Kenntnis nehmen. Es hat aber mit der Realität – wer Polen in den letzten Jahren in der EU am stärksten unterstützt hat – nichts gemein. Herr Cameron hat sich gerade Sonderrechte von der EU ausbedungen, um beispielsweise den in Großbritannien lebenden Polen das Kindergeld kürzen zu können. Ist das das Europa der Vaterländer, von dem Herr Kaczyński träumt?

Der Außenminister Polens strebt übrigens eine kritische Bewertung des Nachbarschaftsvertrages an. Bedarf der Vertrag Ihrer Meinung nach einer Neubewertung, Weiterentwicklung?

Die polnische Regierung hat recht, wenn sie fordert, nach 25 Jahren müsse es eine Bilanz des Nachbarschaftsvertrages geben. Allerdings muss solche Bilanz differenziert und fair gezogen werden. Der Nachbarschaftsvertrag darf hierbei nicht zur Geisel genommen werden, um aus innenpolitischen Gründen die Vorgängerregierungen zu diskreditieren. Deshalb hoffe ich, dass sich die vernünftigen Stimmen in der polnischen Regierung durchsetzen, die den Nachbarschaftsvertrag unvoreingenommen prüfen wollen. Doch mehr noch als

den Blick zurück, brauchen wir den Blick nach vorne. Wo sind die Vorschläge für neue, in die Zukunft weisende ambitionierte deutsch-polnische Projekte?

Zwischen Deutschland und Polen besteht keine Einigkeit in vielen dringlichen Fragen der EU-Politik. Welche davon werden die deutsch-polnischen Beziehungen in diesem Jahr am meisten herausfordern?

Für Polen sind Sicherheitsfragen völlig zurecht von zentraler Bedeutung. Deshalb sollte Deutschland sich intensiver mit der für Polen besonders wichtigen Frage nach der Präsenz von NATO-Truppen an der östlichen EU-Außengrenze beschäftigen. Allerdings sollte niemand in Polen vergessen, dass die Deutschen für die Polen möglicherweise nicht das „Hauptproblem“ in Sicherheitsfragen sind. Die aggressive Politik Russlands wird beispielsweise von den Franzosen und ebenso von den Briten anders wahrgenommen als in Polen. Diese Differenzen in der Bewertung politischer Fragen, die es zwischen verschiedenen europäischen Ländern gibt, dürfen nicht auf einen rein deutsch-polnischen Dissens reduziert werden. Sie sind vielmehr Ausdruck unterschiedlicher historischer Erfahrungen und gesellschaftlicher Entwicklungen in jedem der 28 EU-Staaten.

Wurden Polens Sorgen um seine Sicherheit lange Zeit nicht zu wenig wahrgenommen? Welche Forderungen der neuen polnischen Regierung sind aus Ihrer Sicht berechtigt?

Um es klar zu sagen: Viele Sorgen und Einschätzungen der Polen in puncto Sicherheitsfragen sind in der Tat zumindest in der Breite in Deutschland nicht ernst genug genommen worden. Hier kann ich die eine oder andere polnische Frustration durchaus verstehen. Da hilft aber keine Beschwörung von Hegemonial-Theorien, sondern nur die Intensivierung des gemeinsamen Dialogs zu diesen Sicherheitsfragen.

Das Thema Energiesicherheit halte ich ebenfalls für eine elementare Zukunftsfrage der EU. Aber auch hier muss die polnische Regierung über rein rhetorische Forderungen hinsichtlich einer Energieunion hinausgehen, indem sie konkrete Vorschläge, die in der EU umsetzbar sind, auf den Tisch legt. Eine Art „Energie-NATO“ bedeutet nämlich massive Investitionen in die Infrastruktur, die ebenso getätigt werden müssten. Wer zum Beispiel Gas von West nach Ost befördern möchte, muss nicht zuletzt Vorschläge machen, wie die dazu notwendigen Leitungen und In-

terkonnektoren von den EU-Mitgliedsstaaten finanziert werden sollen. Ohne ein gesamteuropäisches Konzept anzubieten ist das Problem der mangelnden Solidarität in Energiefragen nur schwer zu lösen.

Das deutsch-polnische Jubiläumsjahr – 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag – wird auf politischer Ebene in Polen bislang kaum gewürdigt. Bisher haben sich beide Seiten lediglich auf das Jubiläumsslogo verständigen können. Ein bilaterales Programm für die Feierlichkeiten gibt es nicht, allein eine Jubiläum-Internetseite, einseitig vom Auswärtigen Amt finanziert. Gibt es nur auf einer Seite der Oder etwas zu feiern?

kampf, übt Kritik an der Vorgängerregierung, wenn sie berechtigt ist, aber zieht nicht alles in den Dreck, was Menschen wie Władysław Bartoszewski, Bronisław Geremek, Aleksander Kwaśniewski, Tadeusz Mazowiecki, Donald Tusk und Lech Wałęsa aufgebaut haben. Ihr schadet damit nur dem polnischen Volk und damit solltet ihr aufhören.

Sie sind Vorsitzender des Dachverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband. Welche Rolle haben die DPGs in den letzten 25 Jahren gespielt? Was ist nun ihre Aufgabe, vor allem angesichts der wachsenden Polen-Entfremdung in Deutschland?

**Meine Aufforderung an die PiS-Regierung lautet: Stoppt euren Kulturkampf, übt Kritik an der Vorgängerregierung, wenn sie berechtigt ist, aber zieht nicht alles in den Dreck, was Menschen wie Władysław Bartoszewski, Bronisław Geremek, Aleksander Kwaśniewski, Tadeusz Mazowiecki, Donald Tusk und Lech Wałęsa aufgebaut haben. Ihr schadet damit nur dem polnischen Volk und damit solltet ihr aufhören.**

Wer die Geschichte nicht durch eine ideologische Brille verzerrt betrachtet, weiß, in Polen und Deutschland gebe es selbstverständlich genügend zu feiern. Wenn ich auf die vergangenen 25 Jahre zurückblicke, so können wir Deutschen sehr dankbar sein, dass Polen uns insbesondere nach 1989 so generös die Hand zur Versöhnung gereicht hat. Daran sollten wir immer denken, denn die deutsch-polnische Aussöhnung hat die intensive Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, wie wir sie heute erleben, erst ermöglicht. Dies ist eine wahre Erfolgsgeschichte für beide Nationen.

Die PiS ist Gefangene ihrer eigenen Wahlkampfretorik. Demnach kann die jetzige polnische Regierung eigentlich keine positive Bewertung des Nachbarschaftsvertrages abgeben, weil bis auf eine kurze Interimszeit die vergangenen 25 Jahre von jenen politischen Eliten gestaltet wurden, die die PiS ablehnt oder gar bekämpft. Mit ihrer Abrechnung mit den Vorgängerregierungen schwächt die PiS Polens Position in Europa und spaltet die eigene Gesellschaft. Das ist aber keine effizientere Durchsetzung von polnischen Interessen, wie die PiS meint, sondern das glatte Gegenteil davon.

Deshalb lautet meine Aufforderung an die PiS-Regierung: Stoppt euren Kultur-

Die Deutsch-Polnischen und die Polnisch-Deutschen Gesellschaften sind das Rückgrat der bilateralen Beziehungen. Denn am Ende werden Beziehungen zwischen Staaten nicht durch Regierungen, sondern durch einzelne Menschen geprägt, die private, wirtschaftliche und berufliche Kontakte im Nachbarland pflegen. Das zivilgesellschaftliche Engagement tausender Deutscher und Polen, die sich für Versöhnung, Freundschaft, Zusammenarbeit, Städtepartnerschaften, Universitäts- und Schulaustausch eingesetzt haben, sind eigentlich der entscheidende Faktor. Hier haben sich alle Mitgliedsgesellschaften große Verdienste erworben, weil sie die Beziehungen von Mensch zu Mensch gefördert haben und nicht die große Politik. In den nächsten Jahren wird die Aufgabe der Deutsch-Polnischen wie auch Polnisch-Deutschen Gesellschaften lauten, alles dafür zu tun, um die neue Generation von jungen Menschen in Polen und in Deutschland für die bilaterale Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu begeistern, genauso wie es die heute 60-70 Jährigen einst getan haben.

Mit Dietmar Nietan sprach  
Arkadiusz Szczepański.